

# Sorge um Demokratie bei der Winteruni

Zum Auftakt informierte Dr. Wolfgang Merkel über den Zustand der Demokratie

## CDU gegen Dauercamper am Seilerblick

Wohnmobilstellplatz soll nicht mehr „missbraucht“ werden

**Iserlohn.** Die CDU-Fraktion im Rat der Stadt Iserlohn setzt sich für eine bessere Nutzung des Wohnmobilstellplatzes Seilerblick ein und beantragt die Aufnahme eines entsprechenden Tagesordnungspunktes für die nächste Sitzung des Verkehrsausschusses. Dabei geht es vor allem um die nicht gewünschte Nutzung durch Dauercamper, weswegen die CDU für den städtischen Wohnmobilstandort eine maximale Nutzungsdauer von 72 Stunden vorschlägt. Außerdem soll eine Tagesnutzungsgebühr von 5 Euro erhoben werden. Die Verwaltung soll diese Regelungen prüfen.

Zur Begründung schreiben die Christdemokraten, dass die Stadt seit einigen Jahren an der Straße Seilerblick für Wohnmobilstellplätze für mehrere Wohnmobile anbietet. Zwischenzeitlich wurde dieses Angebot durch eine Ver- und Entsorgungsanlage und durch eine Stromversorgungsmöglichkeit ergänzt. „Somit bietet die Stadt nunmehr einen Stellplatz mit gehobener Ausstattung für Wohnmobilreisende an, die unsere Waldstadt besuchen wollen.“ In den letzten Monaten werde dieses Angebot jedoch von einer festen Gruppe offensichtlich ortsansässiger Wohnmobilstellplatzbesitzer „missbraucht“, den Wohnmobilstellplatz als Dauercampingplatz zu nutzen. „Dieses Verhalten ist nicht zu akzeptieren und stellt eine, von der Stadt Iserlohn so nicht gewollte Nutzung dar!“, so die CDU.

### Schlecht fürs Image

In einer der größten Wohnmobilmagazine Deutschlands („Promobil“) werde inzwischen dieser Umstand extrem negativ von Nutzern bewertet und trage somit nicht zur positiven Außendarstellung der Stadt bei. Daher stellt die CDU-Fraktion den Antrag, so schnell wie möglich den Wohnmobilstellplatz mit dem Zusatzschild „maximale Aufenthaltsdauer 72 Stunden“ auszuweisen. Darüber hinaus sollte auch eine Nutzungsgebühr erhoben werden, wie es in Iserlohns Nachbarstädten üblich sei (in Hemer zum Beispiel 5 Euro pro Tag und eine maximale Aufenthaltsdauer). „In Anbetracht der angebotenen Leistung und der damit verbundenen Pflege und des Service auf dem Platz ist eine solche Nutzungsgebühr angemessen und letztlich auf Dauer auch erforderlich.“

Jennifer Theis

**Iserlohn.** „Zerbrechlichkeit und Resilienz der Demokratie. Retten Verbote die Demokratie?“ – Dieser Frage ging Prof. Dr. Wolfgang Merkel am Montag zum Auftakt der „Winteruniversität“ nach, die sich in diesem Jahr bereits zum 35. Mal jährt. In zahlreichen Vorträgen, Gesprächen und Diskussionsrunden analysieren die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in diesem Jahr, wo die Feinde einer offenen Gesellschaft liegen. Unter diesem Motto steht die Winteruniversität, die erneut in Kooperation der Volkshochschule Iserlohn (VHS), der Evangelischen Akademie Villigst, dem Weltenraum sowie der University of Europe for Applied Sciences (UE) durchgeführt wird.

Das Format hat sich in diesem Jahr erneut einer großen Beliebtheit erfreut, denn es war vorab bereits nach kurzer Zeit ausgebucht, und somit konnten die Referenten auf einen voll besetzten Saal blicken. Ein Thema, das wohl besonders in diesen Zeiten viele Menschen beschäftigt und auch Sorgen bereitet, ist die Frage, inwiefern die Demokratie in Deutschland, Europa und der Welt gefährdet ist. Im ersten Beitrag der insgesamt drei Vorträge, die am Montag stattfanden, gab Prof. Dr. Wolfgang Merkel, Politikwissenschaftler an der Humboldt-Universität in Berlin, wertvolle Einblicke in diesen doch recht komplexen Sachverhalt. Welche Ursachen es hat, dass rechtspopulistische Parteien zunehmend Zulauf finden, ob Parteiverbote wirklich zuträglich sind, um Demokratien zu stärken, und wie Regierungen handeln müssten, um wieder mehr Vertrauen aus der Bevölkerung zu erlangen, das sind nur einige wenige Beispiele, auf die der Wissenschaftler in seinem fast zweistündigen Vortrag einging.



Der Zuschauerraum im Hörsaal der UE am Seilersee war am ersten Tag der Winteruni voll besetzt.

AXEL DUHR



Bürgermeister Michael Joithe und VHS-Leiter Rainer Danne eröffneten die Winteruni.

Kurznachricht des Politikwissenschaftlers auf der Plattform „X“, den VHS-Leiter Rainer Danne bei der Einführung zitiert, bekräftigt diesen Eindruck. Die Rede zur Amtseinführung von Trump bezeichnet er als „Kriegserklärung an Demokratie, Rechtsstaat, Minderheitenrechte, Klima, Freihandel, Toleranz und Anstand“ und schlussfolgert daraus: „Europa und gerade auch Deutschland wird sich warm anziehen müssen.“

Während Prof. Merkel einschlägige Ergebnisse aus der Demokratieforschung präsentiert, auch unter Einbezug historischer Perspektiven, stellt er einen allmählichen Rückgang der Demokratie fest, der sich in den 2010er Jahren immer mehr verstetigt. Er verweist dabei

auf Staaten in Europa, in den rechte Parteien hohe Wahlergebnisse erzielten.

Warum Teile der Bevölkerung vermehrt Positionen der politischen Ränder befürworten, führt er unter anderem auf ein großes Misstrauen zurück.

**Politikwissenschaftler Prof. Wolfgang Merkel sprach sich bei der Winteruni gegen ein Parteiverbot aus.**

„Einige fühlen sich von den etablierten Parteien nicht mehr ausreichend repräsentiert“, so Merkel, und sie würden mitunter Regierungsentscheidungen als ungerecht empfinden, besonders dann, wenn sie auf den Schultern der „Schwächeren“ ausgetragen würden. Die gegenwärtigen Krisen, die sich in den letzten Jahren verdichtet haben – Pandemie, Krieg, Klima, Migration nennt er beispielhaft – verschärfen die Situation und auch die Skepsis, wenn eine Regierung für diese Probleme keine Lösungen finden kann.

„Ein gesundes Misstrauen ist in erster Linie nicht schlecht“, erklärt Wolfgang Merkel. In einer Demokratie solle man kritisch sein, problematisch würde es allerdings dann, wenn man der Politik grundsätzlich ablehnend gegenüberstehen würde. „Problematisch wird es, wenn die Bürger sich untereinander nicht mehr vertrauen und sich die Fronten zwischen unterschied-

lichen politischen Meinungen verhärten“, mahnt Merkel.

Auf die Debatte um das Thema AfD-Verbot geht er ebenfalls ein und stellt direkt zu Beginn klar, dass dies für die Demokratie nicht zuträglich wäre, und liefert eine Reihe von Argumenten. Ein Verbot würde die Partei in ihrer Opferrolle stärken, in der sie sich immer wieder gedrängt fühle, es enge das pluralistische System ein, und zudem müsse man betrachten, wer das Verbot fordert. Nämlich Parteien, die im politischen Wettbewerb stehen. Zudem dürfe man nicht vergessen, dass

rund 20 Prozent der Bevölkerung die AfD wählen würde und auch das sei das Ergebnis eines demokratischen Prozesses. Wie eine wehrhafte Demokratie stattdessen aussehen und gestärkt werden kann, dafür liefert Merkel einige Ansätze. Bürger sollen vor allem mehr Teilhabe erhalten, sich in politische Prozesse einmischen und sie aktiv mitgestalten.



Die kommenden Jahre unter Trump werden diesmal andere sein.

Prof. Dr. Wolfgang Merkel, zur erneuten Wahl von Donald Trump

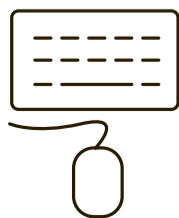
Auch die Entwicklungen in den USA beobachtete er kritisch und sieht in der erneuten Wahl Trumps eine Gefahr für demokratische Prozesse. „Die kommenden Jahre unter Trump werden diesmal andere sein“, stellt Merkel in Aussicht. Eine

Anzeige

**IKZ WR PREMIUM ABO frei schalten**

Ein Service für unsere Abonnenten ...

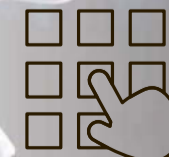
**Probleme beim Anmelden? Wir beraten Sie gerne!**



[www.ikz-online.de/freischalten](http://www.ikz-online.de/freischalten)  
Daten eintragen und Passwort vergeben



E-Mail erhalten  
und auf den Bestätigungslink klicken



[www.ikz-online.de/kundenservice](http://www.ikz-online.de/kundenservice)  
Anmelden, Kundennummer eintragen, fertig